NAJU und BUNDjugend: Friedlicher Protest junger Menschen darf nicht unter Generalverdacht gestellt werden

Jugendverbände unterstützen friedlichen Protest und kritisieren Forderungen nach Demonstrationsverboten.

Berlin, 19. November 2026 – Die NAJU (Naturschutzjugend im NABU) und die BUNDjugend unterstützen das Recht junger Menschen auf friedlichen Protest und demokratische Meinungsäußerung. Vor diesem Hintergrund sehen die Verbände die Forderungen nach möglichen Verboten weiterer Demonstrationen der Initiative „GenZ regelt“ kritisch. Gleichzeitig stellen sie klar, dass Gewalt und Sachbeschädigungen kein legitimer Teil demokratischen Protests sind.

Die Gen Z regelt-Proteste zeigen, dass viele junge Menschen ihre Zukunft aktiv mitgestalten wollen. Angesichts großer Herausforderungen wie der Klimakrise, des Artensterbens, sozialer Ungleichheiten und zunehmender Zukunftssorgen ist es mehr als nachvollziehbar, dass Jugendliche und junge Erwachsene politische Mitsprache einfordern. Dass sie sich dafür organisieren und öffentlich engagieren, ist für die beiden Jugendverbände ein wichtiges Zeichen gelebter Demokratie und gesellschaftlicher Verantwortung.

Verbotsdebatten sind das falsche Signal

Mit großer Sorge betrachten die Verbände die Diskussion über mögliche Verbote weiterer Demonstrationen der letzten Tage. Die Versammlungsfreiheit ist ein Grundrecht und ein wesentliches Element demokratischer Teilhabe. In einer pluralistischen Demokratie müssen Proteste grundsätzlich ermöglicht und dürfen nicht vorschnell eingeschränkt werden.

„Jungen Menschen wird häufig vorgeworfen, sie würden sich nicht ausreichend gesellschaftlich einbringen. Gleichzeitig erleben wir, dass ihr Engagement schnell infrage gestellt wird, sobald es öffentlich sichtbar ist. Genau deshalb müssen wir demokratisches Engagement stärken und schützen. Die vielen jungen Menschen, die sich friedlich für gesellschaftliche Veränderungen einsetzen, dürfen nicht aufgrund einzelner Vorfälle delegitimiert werden“, sagt Thordis Krach, Bundesjugendsprecherin, NAJU.

„Wer junge Menschen ernst nehmen will, muss auch aushalten, dass sie ihre Interessen öffentlich vertreten. Einzelne Vorfälle dürfen nicht dazu genutzt werden, Proteste junger Menschen unter Generalverdacht zu stellen. Statt über Verbote zu sprechen, braucht es eine ernsthafte politische

Auseinandersetzung mit den Anliegen der Protestierenden“, erklärt Carla Mittendorf, Bundesvorstandsmitglied, BUNDjugend.

Zukunftsfragen nicht ohne die junge Generation entscheiden

Politische Entscheidungen von heute prägen die Lebensrealität junger Menschen oft über Jahrzehnte hinweg. Umso wichtiger ist es, ihre Perspektiven ernst zu nehmen und Beteiligungsmöglichkeiten auszubauen. Dieses Engagement verdient politische Aufmerksamkeit statt pauschaler Verdächtigungen. Die NAJU und die BUNDjugend werden sich auch künftig für das Recht auf friedlichen Protest einsetzen und junge Menschen darin unterstützen, ihre Anliegen auf demokratische Weise in die öffentliche Debatte einzubringen.

Pressekontakt für Rückfragen:

NAJU Bundesgeschäftsstelle

Jana Gronau, Referentin für Jugendpolitik
Jana.Gronau@NAJU.de
Tel.: 030 - 652 137 52 11

Stefan Michel, Referent für Kommunikation
Stefan.Michel@NAJU.de
Tel.: 030 - 652 137 52 30

BUNDjugend Bundesgeschäftsstelle
Julian Reimann, Bundesgeschäftsführer für die Bereiche Politik, Netzwerke und Prozesse
Julian.Reimann@bundjugend.de
Tel.: 030 - 275 86 586

Hintergrundinformationen:

Die NAJU ist die Kinder- und Jugendorganisation des NABU. Sie ist mit über 120.000 Mitgliedern der größte Verband in der außerschulischen Umweltbildung sowie im praktischen Naturschutz. In über 1.000 Gruppen vor Ort setzen sich Kinder und Jugendliche bis 27 Jahre für den Natur- und Umweltschutz ein. Weitere Infos und Mitmachangebote bieten www.NAJU.de und www.NAJUversum.de.